BRIEF AUS NORDIRISCHEM KZ ! Seite 2

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 12 vom 31. 3. 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Roter Punkt Mannheim:

"Blockiert die Schienen!"

Gegen Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung!

Vereint Euch im revolutionären Klassenkampf gegen das Kapital und seine Handlanger!

Tariferhöhungen im Nahverkehr – Lohnraub auf dem Weg zur Arbeit. Nach der Durchsetzung der Lohnleitlinie rollt jetzt auf breiter Front eine weitere Welle von staatlichen Preis- und Steuererhöhungen auf die Werktätigen zu. In vielen Grossstädten soll der Nahverkehrstarif erhöht werden. In fast allen diesen Städten haben sich aber auch Komitees zur Organisierung des Kampfes gebildet. Sie sind Ausdruck der breiten Bewegung gegen diesen weiteren Angriff des Kapitals und seines Staates auf unsere Lebensbedingungen.

Die Rote-Punkt-Bewegung nahm 1970 ihren Ausgang in den grossen Kämpfe in Hannover. Die Bedeutung der damaligen heftigen Kämpfe bestand im Eingriefen der Marxisten-Leninisten. Sie trugen in diese Klassenbewegung den Geist des unversohnlichen, revolutionären Klassenkampfes.

Die spontane Bewegung hat sich weiterentwickelt. Die Frage wird und muss heute noch klarer gestellt werden. Wessen Staat ist dieser Staat, der mit Lohnleitlinie, Steuer- und Preiserhöhungen immer grössere Angriffe auf die Werktätigen startet, der mit den Mitteln seiner staatlichen Gewalt den revolutionären Funken auszutreten versucht.

Mannheim-RM. In Mannheim sollten am 1.3. die Fahrpreise um 25 bis 66% erhöht werden. Anfang Februar gründete sich deshalb ein 'Aktionskomitee' gegen die Fahrpreiserhöhungen'. Die Partei beteiligte sich von Anfang an daran. Am 23.2. fand die erste Demonstration statt. 17 000 Unterschriften gegen die Fahrpreiserhöhungen wurden bis dahin an Haltestellen und vor den Betriebstoren gesammelt.



Eine breite Kampffront war entstanden. Jetzt ging es darum die Arbeiter, Werktätigen und die Jugend unter klaren Losungen zu mobilisieren. Die D'K'P tat sich dabei hervor mit ihrer Forderung: 'Nicht die Fahrpreise erhöhen, sondern die Grossunternehmer stärker besteuern – nicht so viel Geld für die Rüstung, lieber mehr für soziale Leistungen ausgeben.'

Mit solchen Apellen an den Stadtrat kann und soll nur eines erreicht werden: Eine Verwischung der Tatsache, dass der Mannheimer Stadtrat wie der gesamte Staat in unserem Land, einzig und allein die Kapital interesse vertritt. Man kann den Stadtrat zwingen, die Fahrpreiserhöhungen rückgängig zu machen; aber niemals kann er gezwungen werden, die Defizite des Nahverkehrs aus 'Unternehmerprofiten' zu zahlen. Wenn die D'K'P solche Illusionen verbreitet, kann damit nur beabsichtigt sein, das Märchen vom angeblich neutralen, zwischen den Klassen stehenden Staat zu propagieren. Konsequenterweise orientiert daher die D'K'P auch die Bewegung in das Fahrwasser: 'Unsere beiden Vertreter im Stadtrat, werden das Ding schon schaukeln; noch mehr Kommunisten ins Rathaus.'

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Da bekamen nämlich die Vertreter des Komitees, die dem Stadtrat die Forderungen der Werktätigen vortragen wollten, Polizeiknüppel statt freundlicher Worte zu spüren. Aus Protest traten die Mannheimer Schüler in den Streik. Am Abend des gleichen Tages waren Tausende auf der Strasse.

"Unterschriften allein reichen nicht, blockiert die Schienen!" Unter diesem Kampfruf werden auf einem Verkehrsknotenpunkt Mannheims die Schienen besetzt. Die Stimmung ist sehr kämpferisch, immer mehr Passanten reihen sich ein.

Drei Hundertschaften der Mannheimer 'Elite'polizei rücken an. Mit brutaler Gewalt gehen sie gegen die Demonstranten vor, sogar ein 12-jahriges Kind wird blutig geschlagen. "Deutsche Polizisten schützen die Kapitalisten!" und "Nazischweine" ist die Antwort. 54 der Demonstranten werden festgenommen.

Am nächsten Tag streiken wieder die Schüler, 2000 Demonstranten ziehen durch die Innenstadt. Die D'K'P hat sich von der Demonstration am Vortag distanziert. Für sie ist der Kampf mit dem Inkraftreten der Fahrpreiserhöhungen beendet.

Als die Kampfkraft auf der Strasse abbröcklet, ruft die Bourgeoisie nach Rache. Genossen und Sympathisanten der Partei werden angeklagt, Flugblätter zum Aufruf krimineller Handlungen verteilt zu haben. Das geplante Schnellverfahren kann aber verhindert werden. **Die Prozesse gegen die Genossen werden zu einem Tribunal werden. Ankläger sind die werktätigen Massen, von denen bisher 23 000 ihre Unterschrift gegeben haben - angeklagt sind die Kapitalisten, ihre Stadträte, Polizei und Justiz.**

Streik gegen Teuerung in Dänemark

Weite Bereiche der Dänischen Wirtschaft und des täglichen Lebens sind durch den grössten Streik in der Geschichte Dänemarks nach dem Kriege lahmgelegt. 153.000 Arbeiter aus den verschiedensten Branchen traten in den Ausstand, weitere 105.000 wurden ausgesperrt. Eine Ausweitung des Streiks steht bevor. Der auslösende Faktor waren die enormen Preissteigerungen und ein Sparprogramm der Regierung, auf der Grundlage der Kürzung der Sozialausgaben.



Dänemark 1972 – Die dänischen Werktätigen kämpfen gegen den EWG-Beitritt, gegen die Unterstellung Dänemarks unter das Joch der westeuropäischen Monopole, für die Selbstbestimmung des dänischen Volkes.

Schuld an der Krise in Dänemark trägt in erster Linie die 'Europäische Gemeinschaft' des Kapitals. Die 'EG' hat es mit sich gebracht, dass sich die Lage der Dänen – bis jetzt noch die Beste innerhalb der neun Staaten der EG – rapide verschlechtert hat. Die EG hat das Unmögliche möglich gemacht: aus Dänemark, dem Land, das bekannt ist für seine Milch, Butter und andere landwirtschaftlichen Erzeugnisse, fahren heute die Hausfrauen über die Grenze zur Bundesrepublik, um Milch und Butter billiger einzukaufen. Auf den bei Protestdemonstrationen mitgeführten Plakaten ist zu lesen: 'Die Milch steigt, die Kinder schreien, Anker (Staatsminister Anker Jörgenson) schweigt'.

Der Arbeitskampf geht vor allem um zehn Öre bei der automatisch zweimal im Jahr fälligen Teuerungszulage, als auch um eine generelle Lohnerhohung von 11 Prozent. Aber der Streik hat bereits die Schwelle des Kampfes um die reinen materiellen Verbesserungen überschritten. Er wendet sich schon direkt gegen die sozialdemokratische Regierung. Das ganze 'bankrotte Parteiensystem' wird in Frage gestellt, Forderungen wie 'Einschränkung der Steuern, Kampf der Bürokratie und dem Gesetzes dschungel, Verminderung der Zahl der Abgeordneten im Parlament', bis auf den Verzicht auf alles Militär geniessen breite Sympathie. Auch wenn hinter diesen Forderungen sich noch weitgehend Illusionen über den Weg des Kampfes verbergen, so wenden sie sich doch bereits gegen den bürgerlichen dänischen Staat und die Regierung.

Die dänischen Werktätigen lassen sich nicht mehr durch die schönen Reden über die 'Europäischen Gemeinschaft' betrügen, die unter anderem der Ausplünderung der kleineren Länder durch die Grossen dient, besonders durch die Bundesrepublik, die jetzt ihren Butterberg abbaut. Die dänischen Werktätigen wissen; mag es ihnen heute auch noch re-

Fortsetzung auf Seite 4

AUS DEM INHALT:

Kampf den Verbrechen der USA-Thieu-Clique!

Am 28.3. soll der Gefangenenaustausch in Vietnam beendet sein. Alle US-Truppen sollen bis dahin aus Vietnam abgezogen sein. Die USA-Imperialisten und die Thieu-Clique denken nicht daran, sich an das Abkommen zu halten.

Offen erklärt die Nixon-Regierung, dass die 825 Soldaten der amerikanischen Militärkommission in Südvietnam bleiben sollen. Dazu kommen mehr als 10 000 sogenannte Zivilisten. während die US-Aggressoren die Lüge in die welt setzen, die Demokratische Republik schleuse Soldaten und Waffen nach Südvietnam ein, müssen sie inzwischen selbst zugeben, dass sie kurz vor dem Waffenstillstandsabkommen in Südvietnam ein wahres Waffenlager eingerichtet haben (FAZ vom 16.3.). Aber auch weiterhin werden vor allem über japanische Häfen Waffen für Thieu geliefert. "Die Vereinigten Staaten stützen den alten Partner mit Geld und Material. Sie bauen ein ziviles militärtechnisches Expertenkorps auf. Ihre diplomatischen Vertretungen werden zahlreiche Verwaltungsfachleute abstellen...." (FAZ vom 20.3.73). Genausowenig kann abgestritten werden, dass in den letzten Tagen wiederholt amerikanische Flugzeuge den Luftraum von Nordvietnam verletzt haben.

Fortsetzung von S. 1

Streik in Dänemark

lativ gut gehen; die kapitalistische Krise wird auf ihrem Rücken ausgetragen. Deshalb haben sie dem Kapital und seiner Regierung den Kampf angesagt.

Das konnte auch nicht Staatsminister Anker Jörgenson, Sozialdemokrat und ehemaliger Gewerkschaftsboss verhindern. Sein Schlichtungsvorsvhlag ist gescheitert. Nun sieht dieser feine Herr nur noch eine Möglichkeit, diesen Schlichtungsvorschlag den Arbeitern mit Gewalt per Gesetz aufzuzwingen. So soll der Streik abgewürgt, das Streikrecht beschnitten werden, um Profiteinbussen für das dänische Kapital zu verhindern. Der Produktionsausfall beträgt schon jetzt täglich 110 Millionen Kronen, und die Einbussen an den Exporteinnahmen belaufen sich auf 50 Millionen Kronen täglich.

Unsere Waffe: ROTER MORGEN!

Wir danken allen Genossen für ihre Unterstützung!

09.3	E.D., Köln	100,--
12.3	L.W., Neuzenheim	9,--
12.3.	KSB/ML Würzburg	50,--
13.3.	P.H. Ebingen	75,--
13.3.	C.W. Altena	15,--
13.3.	W.K. Essen	10,--
15.4.	H.S. Herford	10,--
15.3.	M.S. Bottrop	23,70
15.3.	Kieler Freunde	13,25
19.8.	Genosse aus Bielefeld	20,--
22.3.	Genosse aus Bergheim	10,--
24.3.	Genosse von MaK, Kiel	20,--
		355,95

Bestellschein

HIERMIT BESTELLE ICH:

AB NUMMER ....

ROTER MORGEN

Bestellungen an:
87 Würzburg,
Postfach 612

Der ROTE MORGEN erscheint wöchentlich und kostet pro Jahr (52 Ausgaben) einschließlich Porto DM 25,-. Dieser Betrag ist im Voraus auf das Postscheckkonto Hamburg 26 27 67 – 203 (Verlag E. Aust) zu zahlen. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

NAME, VORNAME ....

BERUF ....

POSTLEITZAHL, ORT ....

STRASSE ....

DATUM ....

UNTERSCHRIFT ....

Brief aus dem Konzentrationslager

Auszüge aus einem Brief eines irischen Patrioten aus dem Curragh- Konzentrationslager in der Nähe Dublins

"Lieber Freund,

Ich möchte versuchen, Dir ein vollständigeres Bild über das Leben der politischen Gefangenen hinter Stacheldrahtzäunen zu geben. Am 14. Novemebr wurde ich von der politischen Polizei der 26-Grafschaftenregierung ('Republik Irland') verhaftet und nach mehreren Verlegungen schliesslich wegen Zusammenarbeit mit politischen 'Kriminellen', sowie als Mitglied der Irisch-Republikanischen Armee-Provisionals und wegen Aufforderung zur Bewaffnung usw. usw. zu sechs Monaten "Sicherheitshaft" verurteilt...

Dieses 'Gericht für besondere Kriminelle' wurde von der Lynch-Administration am 30. Mai letzten Jahres eingesetzt. Dieses 'Gericht' wird jeweils von der Regierung direkt bestimmt und der Verhaftete hat kein Recht auf ein Urteil durch eine unabhängige Jury (Schöffen). Drei von der Regierung berufene Richter bilden die 'Jury'. So hat sich die Lynch-Administration die Funktion des Anklägers, Richters und der Jury zugeschanzt. Also eine Gerichtbarkeit, die es in allen faschistischen Ländern, wie Griechenland, Türkei, Spanien usw. gibt. Doch das ist eben nur ein Beispiel unserer irischen Demokratie unter dem 'aufrichtigen' Jack (womit sowohl die Lynch-Regierung als auch ihr Ratgeber, der britische Imperialismus gemeint sind).

Das Gefängnissystem, das ich durch die Verlegungen kennenlernte, ist vorsintflutlich. Es soll die 'Kriminellen' abschrecken und sie lehren, der der Herr ist... In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Gefängnisinsassen vervierfacht.

Im Curragh-Konzentrationslager sind die Bedingungen anders, als in der Gefängnissen. Wir sind hier 44 politische Gefangene, fünf sind Mitglieder der IRA-Officials und alle anderen der IRA-Provisionals. Die Zellen befinden sich in Baracken. Militärpolizei ist überall um das KZ herum postiert. Wir haben eine Gemeinschaftsbaracke, in der wir während des ganzen Tages gemeinsam die irische Geschichte und Sprache studieren, Diskussionen abhalten und Volksmusik machen. Um diese 'Welt' herum türmen sich Berge von Stacheldraht. Die Wachsoldaten haben den Befehl, auf Sicht jeden zu erschiessen, der zu fliehen versucht. Mehr Beispiele unserer einzigartigen Demokratie.

Nachdem im letzten September, trotz all dieser Massnahmen, sieben unserer Kameraden geflohen sind, haben die Militärbehörden mehrere Hobbies verboten, so alle Lederarbeiten und Werkzeuge eingezogen. Durch diese Arbeiten haben viele der Kameraden ihre Familien unterstützt.

Sie stellten schöne Wandbehänge, Geldbörsen, Handtaschen usw. her. Besuche gibt es nur einmal in der Woche und Berührungen mit der Frau oder mit der Verlobten sind strengstens verboten. Wir haben diese Verbote und viele andere nie beachtet und durchbrechen sie immer wieder, so gibt es ständige Auseinandersetzung mit den Wachsoldaten.

Politische Diskussionen spielen für uns eine wichtigeRolle, die Wahlen Ende Februar werden für das irische Volk keine Änderung bringen. Weder die bisher herrschende Fianna Fail, eine faschistisch-kapitalistische, korrupte Partei, noch die jetzt herrschende Koalitiom aus der Fine Gael - einer genau solchen Partei - mit der Labour Partei, einer pseido-sozialistischen Partei werden auch nur eine Verbesserung im Leben des Volkes bringen.

Unsere Gedanken beherrscht der Kampf in den sechs Grafschaften (im Norden). Bis heute haben wir grosse Erfolge errungen - 152 Soldaten der britischen Imperialisten, 37 Mitglieder der UDR (unter direkter Kontrolle des britischen Militärs) und 39 Polizisten des Unterdruckerregimes im Norden wurden getötet seitdem der Freiheitskampf 1969 wieder aufflammte. Über 8000 Soldaten der britischen Armee wurden verwundet, 20% von ihnen schwer. Auf unserer Seite, der IRA, sind in der gleichen Zeit 80 Mitglieder gefallen. Weniger als 50 sind durch die Armee der Imperialisten getötet worden. Die übrigen sind durch Unfälle, vorzeitige Explosionen und als Opfer der faschistischen Mörderbanden oder S.A.S. (besondere Mördergruppe des britischen Geheimdienstes) getötet worden.

Millionen und aber Millionen £ Sachschaden ist durch gut angebrachte Sprengladungen entstanden, der den Briten ungeheure ökonomische Kopfschmerzen verursachte und weiter verursachen wird. Auf diese Weise haben Investmentspekulanten Angst bekommen, und die potentiellen Spekulanten sind z.T. weggeblasen worden.

Ich habe viele Punkte nur gestreift, es war nur ein nagelkopfgrosser Auszug aus der Situation hier...Aber ich und alle meine Kameraden wissen, dass die Zukunft Irlands ganz allein vom Volk Irlands bestimmt wird. Das Volk wird von allen möglichen Politikern durch schmierige Reden und Versprechungen verwirrt, aber es gibt Licht. Wir werden die Spitze im Kampf für ein neues Irland bilden, in dem das Volk über alle Geschicke bestimmt und in welcher es - das Volk - Irland sein wird.

Ich werde am 29. März wieder in Freiheit sein...

Slainte go raibh agaibh i rith bhur saoil is beannachtai De oraibh go deireadh. Der Sieg wird unser-des Volkes sein.

Dein Freund
C.

NACHRICHTEN

ISLAND VERTEIDIGT SEINE FISCHGRÜNDE

Dem westdeutschen Imperialismus und den Fischerei-Bossen wurde am 18.3. eine kleine Lektion erteilt. Die isländische Küstenwache kappte dem cuxhavener Trawler 'Würzburg' die Fangnetze. Die Würzburg hatte nicht nur die 50 Meilen-Grenze, sondern sogar die alte 12-Meilen-Grenze verletzt.

2,5 MILLIONEN SCHÜLER STREIKEN GEGEN WEHR-DIENSTVERSCHÄRFUNG

In Paris, Toulouse, Marseille, Nimes, Brest, Lille und anderen französischen Städten kam es in den letzten Tagen zu Demonstrationen zehntausender Schüler und Studenten gegen ein neues Wehrgesetz. In Paris und vielen anderen Städten sind die Gymnasien durch Schulstreiks lahmgelegt. Das neue Gesetz sieht vor, dass in Zukunft alle Gymnasiasten vor einem eventuellen Studium erst die Wehrpflicht ablegen müssen.

ARGENTINIEN: POLIZEI IM STREIK

Die Polizisten der Provinz Buenos Aires streikten für die Angleichung ihres Lohnes an die Bezüge der argentinischen Bundespolizei. Als die Streikenden das Polizeipräsidium in La Plata besetzten, liess die Regierung zum Sturm blasen: das Präsidium wurde durch Infanterieverbände der Armee mit Panzerunterstützung gestürmt. Augenzeugen berichten von mehreren Toten und Verletzten.

VR CHINA UNTERSTÜTZT PANAMA GEGEN US-IMPERIALISMUS

Auf der Sitzung des Weltsicherheitsrates vom 23.3. hat die Volksrepublik China mit Nachdruck die Forderung Panamas nach Verfügungsgewalt über den Panama-Kanal unterstützt. "Die Position der panamesischen Regierung ist gerecht und ihre Forderungen vernünftig," erklärte Genosse Huang Hua. Weiter führte er aus, dass die Volksrepublik China mit den Strebungen der lateinamerikanischen Länder, ihre Wirtschaftinteressen zu wahren und der imperialistischen Monopolpolitik der internationalen Märkte zu entrinnen, solidarisiert!

IMPERIALISTISCHE RAUBPOLITIK

Seit einiger Zeit versuchen die Ölmonopole, sich die Bodenschätze im Küstenstreifen Chinas anzueignen. Die amerikanischen Ölmonopole haben vor kurzem mit Probebohrungen begonnen. Japan, Südkorea und Taiwan wetteifern schon seit Jahren um die besten Bohrstellen im Gelben Meer und der östlichen Chinasee. Allerdings brauchen sie nicht zu erwarten, dass die Volksrepublik China diesen frechen Raub hinnehmen wird. Die VR China hat schon mehrfach dagegen Einspruch erhoben und wird genausowenig wie Island davor zurückschrecken, die Räuber zu vertreiben.
Die VR China ist der Auffassung, dass jedes Küstenland das Recht haben soll, die Weite seiner Hoheitsgewässer nach biologischen und geologischen Notwendigkeiten selbst festzulegen.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag G. Schubert

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 16 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto Essen Nr. 46420 – 435 (G. Schubert).
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

INTERVIEW MIT R. WISCHNEWSKI



Rudi Wischnewski kämpft auch weiterhin gegen die Machenschaften der korrupten Betriebsratsmehrheit und um seine Wiedereinstellung.
(Rudi Wischnewski mit dem Megaphon)

Über die Entlassung des oppositionellen Opel-Betriebsrates, Rudi Wischnewski, haben wir bereits im Roten Morgen Nr.11 berichtet. Der Kündigungsgrund war: "Verteilen gewerkschaftsoppositioneller Flugblätter und Störung des Betriebsfriedens." Rudi Wischnewski ist kein Kommunist, er ist ein oppositioneller Gewerkschafter, ein Klassenkämpfer. Seine Meinung steht hier stellvertretend für seine Kollegen, die sich spontan und teilweise noch unbewusst, auf die Seite des revolutionären Kampfes stellen. **Aufgrund ihrer Erfahrungen im tag-täglichen Klassenkampf, sehen immer mehr Kollegen, es geht um die Frage Reform oder Revolution, es geht um die Beseitigung des kapitalistischen Systems.**

Dieses Interview zeigt aber auch, dass es in dieser breiten Bewegung noch Unklarheiten gibt, die Frage nach dem Wie und Wohin!

Hier müssen wir Kommunisten eingreifen, die Illusionen über den DGB und den kapitalistischen Staatsapparat ausräumen, hier müssen wir den Massen klar den revolutionären Ausweg, den Weg zum Sozialismus, den Weg zur Diktatur des Proletariats zeigen!

RM: Kollege Wischnewski! Was gibt es ausser der 'Leistungspunkte-Zulage' und den 'Werbegeschenken' noch für Formen der Korrumpierung im Betriebsrat?

Rudi: Speziell, bei uns im Werk 2 sind im Betriebsratsgremium mindestens 8 Kollegen, die sich durch Versicherungen eine ganze Menge nebenbei verdienen. Da kennt man den Mann weniger als Betriebsrat, sondern als Versicherungsvertreter. In der vergangenen Woche sprach ich mit einem neugewählten Vertrauensmann, der sagte, wie soll ich denn die Vertretung meines Betriebsrates beim Abteilungsleiter noch in Anspruch nehmen, dieser Mann hat doch vom Meister bis zum Abteilungsleiter alle in seiner Versicherung. Wir haben schon 16 oder 18 Betriebsratsmitglieder verloren, die ihren Posten nur als Sprungbrett gesehen haben und dann z.T. REFA-Leute geworden sind. Perschke und Wirt (Perschke ist der reaktionäre Vorsitzende des Opel-Betriebsrates, RM) Die kriegen von der einen Seite von den Unternehmern Aufsichtsratsentschädigungen hingeblättert und auf der anderen Seite sollen sie unseren Kampf führen. Das ist der Untergang einer Arbeitervertretung.

RM: Die IGM unterstützt deinen Rausschmiss! Unserer Meinung nach sind die DGB-Gewerkschaften heute keine klassenkämpferischen Interessenvertreter der Arbeiter mehr, sondern Instrumente der Kapitalisten. Wie siehst du das? Und welche Konsequenzen siehst du?

Rudi: Das Dilemma ist, dass die Funktionäre alle dickes Geld bekommen. Sie können sich gar nicht mehr in die Lage der Kollegen versetzen.

Loderer ist stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei Mannesmann. Es wäre überhaupt einmal interessant festzustellen, wo die Gewerkschaftsführer überall in den Aufsichtsräten drinsitzen. Wer das Spiel nicht mitmacht, wird hinauskapituliert.

Man hat in der Bochumer Ortsverwaltung (der IGM, RM) Leute gefördert, weil sie in der SPD sind und solche, die gar keine Meinung haben. Kritische Gewerkschaftler sind ausgeschaltet worden. Vor 4 Jahren durfte ich z.B. nicht einmal als Gast in die Ortsverwaltung, obwohl da sogar Leute von der Bank für Gemeinwirtschaft und der Neuen Heimat öfter da sind. Die Leute lassen sich das mit der Zeit nicht mehr gefallen, weil sie merken, dass sie von oben verschaukelt werden. Bevor die Bonzen da oben nicht weg sind, werden wir nichts schaffen. Irgendwie muss das doch zu schaffen sein.

RM: Du kennst ja unsere Ansicht, dass es gilt, die GO im DGB aufzubauen. Wie stehst du zu gewerkschaftsoppositioneller Arbeit?

Rudi: Die Gewerkschaftsopposition wird sich durchsetzen. Darin bin ich mir sicher.

RM: Wieso?

Rudi: Viele Kollegen opponieren immer stärker gegen die Gewerkschaftsfunktionäre. Jetzt geschieht es schon, dass sich Gruppen unzufriedener Gewerkschaftler treffen. Die IGM versucht, diese Entwicklung aufzuhalten und alle Kritiker auszuschalten.

RM: Was sagst du zu dem 8,5%-Abschluss der IGM?

Rudi: Was nützt uns jetzt die Lohnerhöhung, wenn wir im Herbst schon wieder durchhängen.

RM: Was hältst du von einem Preisstop, wie ihn die DKP vorschlägt?

Rudi: Was nützt der Preisstop? Der Unternehmer stellt die Bänder schneller. Die Unternehmer halten sich sowieso an keinen Preisstop. Meiner Überzeugung nach können wir durch einen Preisstop nichts gewinnen.

RM: Wir danken dir für dieses Gespräch.

Inzwischen geht der Kampf bei Opel-Bochum weiter! Ziel der oppositionellen Betriebsräte und Arbeiter ist es, Neuwahlen des Betriebsrates zu erzwingen. Dazu sind 5000 Unterschriften nötig. Die oppositionellen Gewerkschaftler haben mit Hilfe eines Solidaritätskomitees bereits knapp 3000 Unterschriften gesammelt.

Solidarität mit Rudi Wischnewski
Bochum Westfahlenbank
°25551

KLASSE GEGEN KLASSE



SOLIDARITAT MIT GEKUNDIGTEM BETRIEBSRAT

200 Arbeiter und Angestellte bekunden ihre Solidarität mit Heinrich Phillippek mit einer Kundgebung vor dem Gelsenkirchener Arbeitsgericht. Heinrich Phillippek, Betriebsrat in einer Gelsenkirchener Amaturenfabrik, war im Februar fristlos gekündigt worden, weil er sich zu sehr mit der Betriebsarbeit beschäftigt hat. Gegenwärtig kämpft er über das Arbeitsgericht für seine Wiedereinstellung.

36000 LEHRER KÄMPFEN FÜR HÖHERE ZULAGEN

In Grossbritannien befinden sich 36.000 Lehrer im Streik. Ihre Zulagen sind von der Preistreiberei aufgefressen worden. Etwa 10.000 Lehrer beteiligten sich an einer Demonstration in London. Zur gleichen Zeit streikten 4000 weitere Staatsangestellte gegen das 'Einfrieren' ihres Lohnes. Die Flughafenangestellten stehen dabei in der vordersten Front: der Flugbetrieb auf dem Londoner Flughafen Heathrow und anderer Flughäfen ist stark beeinträchtigt.

15000 FIATARBEITER IM STREIK

Der Streik richtete sich gegen die fristlose Entlassung von 4 Kollegen. Die Kollegen hatten in ihrer Empörung über die Fiat-Kapitalisten einem Betriebsleiter das Büro demoliert. Der Höhepunkt der Protesaktion war die Blockade des Verwaltungsgebäude des Zweigwerks Rivalta. 1500 Arbeiter bildeten einen dichten Ring um das Gebäude. Die von der Geschäftsleitung alarmierte Gewerkschaft schaffte es nach langer Überredung, dass die Fiat-Arbeiter nach 2 1/2 Stunden, das Verwaltungsgebäude freigaben.



Liebe Genossen!

Bisher dachte ich oft, es klingt übertrieben, wenn der Rote Morgen gewisse Gewerkschafts-Führer als Verräter bezeichnet. Aber das ist für manche DGB-Führer noch viel zu schwach!

Vor kurzem veranstaltete die hiesige Lehrergruppe und die Hochschulgruppe der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft einen Diskussionsabend über Erziehungsmethoden.

Der Kreisverbandsvorsitzende Bogner ergriff die Gelegenheit beim Schopf, diesen noch einigermassen fortschrittlichen Kollegen den Mund zu stopfen. Er liess ein Flugblatt verteilen, in dem er einzelne Kollegen namentlich als Unterwanderer bezeichnete, er veröffentlichte genau, wann und wo sie sich gegen die Rausschmisse von Kommunisten gewandt hatten und deutete an, sie seien für den bayrischen DGB "keine Gewerkschaftler mehr".

Es ist ja bekannt, dass gerade in Bayern alle Lehrer, die als kommunistenfreundlich verdächtigt werden, sofort Berufsverbot bekommen (während es von Nazis im Schuldienst nur so wimmelt). Mit seinem Flugblatt hat Bogner eindeutig den Zweck verfolgt, fortschrittliche Kollegen öffentlich zu denunzieren und ihnen ihre Existenz zu zerstören.

Sogar ein Studienreferendar, dem die Veranstaltung selber zu links war, empörte sich in einem Leserbrief an die Main-Post, dass offizielle Organe der GEW ihre eigenen Mitglieder dem "gewiss nicht zimperlichen bayrischen Kultusministerium ans Messer liefern".

Damit hat er völlig recht. Das sind Zustände wie im Dritten Reich. Und Funktionäre vom Schlage Bogners spielen sich auch noch als 'Gewerkschaftskollegen' auf. Es sind Denunzianten, Lumpen, vor denen jeder anständige Kollege ausspucken sollte!

Mit solidarischen Grüssen
Ein Lehrerstudent aus Würzburg



Liebe Genossen!

Wenn zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern neue Tarifverträge ausgehandelt werden, sprechen vor allen Dingen die Gewerkschaften von einem 'harten Ringen' um das 'bestmögliche Ergebnis' für die Arbeiter 'herauszukämpfen'.

Doch in Wirklichkeit spricht in diesen Worten Hohn.

Ich arbeite im Gaststättengewerbe und habe einige dieser 'Ringkämpfe' miterlebt. Da ist regelrecht gefressen worden und gesoffen. Natürlich keine billigen Sachen, denn was ein richtiger Gewerkschaftsbozen sein will, der machts nicht unter Kaviar, Wolgastör, echtem Lachs (bei Kaviar kostet zum Beispiel ein Glas mit 57 g über 45 DM). Glas schlucken diese Herren natürlich nicht trocken hinunter. darum wird auch noch fliessig teurer Schnaps, Wein oder Sekt nachgeschüttet. Das dauert dann manchmal bis spät in die Nacht und es ist nicht allzuselten, wenn einige dann so besoffen sind, dass sie nicht mehr alleine stehen können.

Kollegen, mit diesem Gesindel muss Schluss gemacht werden! Eine Gewerkschaft muss eine Arbeitervertretung sein und nicht ein Klub, der sich von Mitgliedsbeiträgen die Fress- und Saufgelage seiner Funktionäre finanzieren lässt! Darum: Hinein in die Gewerkschaftopposition! Zeigen wir den Bonzen und Abwieglern des DGB, dass wir uns nicht mehr an der Nase herumführen lassen wollen. Ich habe die Schnauze jedenfalls gestrichen voll von diesen Arbeiterverrätern, und die Arbeiterbewegung bei uns in der BRD zeigt, dass es täglich mehr werden, denen es ebenso geht.

Schliessen wir uns zusammen, kämpfen wir gemeinsam mit unserer Partei, der KPD/ML, für die Revolution, für den Sozialismus!

Mit dreifachem Rotfront!

F.W.



Liebe Genossen!

Die Stahlwerke Peine Salzgitter AG sind ein Staatskonzern. Nach dem Montanmitbestimmungsgesetz von 1951 gibt es hier die 'paritätische Mitbestimmung': im Aufsichtsrat sitzen zehn sogenannte 'Arbeitervertreter', zehn Unternehmer und ein neutraler Mann (übrigens ein Bankdirektor).

"Im Aufsichtsrat und in den Ausschüssen kommt es, ich möchte sagen, fast nie zu Kampfabstimmungen; wir einigen uns immer gütlich," so meint ein Betriebsrat und war auch noch unheimlich stolz darauf. Dieser Mitbestimmungshaufen von gekauften Betriebsräten macht nämlich gemeinsame Sache mit den Unternehmern.

Erst am 17. März fahren sie wieder vereint zum 'Sklavenkauf' in die Türkei. Um auch ordentlich leistungsfähige, profitbringende türkische Arbeitern einzukaufen, werden den ahnungslosen Bewerbern die Hände befühlt, ob auch genügend Hornhaut darauf ist. Was sie sonst noch mit unseren türkischen Kollegen machen, verschweigen wir lieber.

Dass die Betriebsräte auch mit uns deutschen Kollegen nicht viel im Sinn haben, zeigt dieses Beispiel:

Während sie sich in schönen, freundlichen Räumen in Ledersesseln fakeln und mit den Unternehmern die nächsten Massnahmen gegen die Arbeiter besprechen, müssen wir Arbeiterinnen und Arbeiter auf harten, völlig veralteten Holzstühlen Akkord schuften. Die Hallen sind seit 1956 nicht renoviert, es fehlen Klimaanlagen und ordentliche Beheizungsmöglichkeiten.

Viele Kollegen wissen genau, dass Mitbestimmung und diese Betriebsräte nichts für uns rausholen. Das haben sie zum Beispiel gezeigt, als vor ein paar Jahren das Werk Erkenschwiek (NRW) stillgelegt werden sollte und sie spontan hier in Salzgitter in den Streik traten. Und alle sind wir hier der Meinung: Wenn sowas noch einmal vorkommt, gehts wieder los. **Was wir brauchen sind klassenkämpferische Vertrauensleute und Betriebsräte.**

Rotfront, eine Genossin

US - Gangstermethoden

Tiefstes Elend herrscht in Lateinamerika und das, obwohl die Länder reich sind an Bodenschätzen. Aber dieser Reichtum nutzt der Bevölkerung nichts; er wird von den US-Imperialisten skrupellos ausgeplündert.

Wie gerade jetzt wieder Chile zeigt, wird jeder Versuch dieser Länder, ihre Unabhängigkeit zu erreichen, von den US-Imperialisten mit nacktem Terror beantwortet.

Die amerikanischen Konzerne International Telephone and Telegraph Co. Kenecott Copper und Kaiser Chemical versuchten alles erdenkliche um den Sturz der Regierung zu erzwingen. Es ist heute erwiesen, dass "**nach den Plänen der ITT und der K.C. durch Abzug des Auslandskapitals, Kündigung von Krediten und Wirtschaftshilfe, sowie Lieferstopp für vereinbarte Ausrüstungen – das heisst also durch massiven wirtschaftlichen Druck – in Chile Massenarbeitslosigkeit, Versorgungsschwierigkeiten und eine allgemeine wirtschaftliche Stagnation erzeugt werden sollte. Kenecott ging sogar soweit, dass sie über die Gerichte europäischer Länder, die Käufer chilenischen Kupfers sind, versuchte, Schiffsladungen mit exportiertem Kupfer zu beschlagnahmen und als ihre eigenen zu deklarieren.**"

(WAZ vom 32.3.1973)

Der Sonderausschuss des US-Senats zur Prüfung der ITT-Affäre musste ebenfalls als erwiesen zugeben, dass ITT bei der Ermordung des Oberbefehlshabers der chilenischen Streitkräfte, General Schneider mitmischte, um die Armee zum Militarputsch zu bewegen. Dass der CIA und die amerikanische Regierung bei solchen Angelegenheiten die Hände mit im Spiel haben, daran zweifelt wohl kaum noch jemand.

'Entwicklungshilfe'

Wie selbstlos die Imperialisten der Welt ihre Entwicklungshilfe für Länder der dritten Welt betreiben, zeigt folgende Statistik aus dem 'Schnelldienst des Deutschen Industrieinstituts' (Organ des Unternehmerverbandes) Nr. 17/73:

"**4. Ausstehende Auslandsschulden.** Der letztverfügbare Schuldenstand (Ende 1970) der Entwicklungsländer hat die 66-Milliarden-Dollar-Grenze überschritten (1965: erst 37 Milliarden US-Dollar). **In einigen Entwicklungsländern verschlingt der Schuldendienst einen beträchtlichen Anteil der durch Export erzielten Deviseneinnahmen.** So im Falle Afghanistans (Schuldendienst in Prozent des Exports: 28,4%), Ägyptens (25,1%), Mexikos (22,7%), Uruguays (22,5%) oder Argentiniens (22,9%). Die Schuldenlast-Prognose aufgrund der bereits bestehenden Verpflichtungen zeigt, **dass noch 1980 rund 3,6 Milliarden US-Dollar an Zinsen und Tilgung aufgebracht werden müssen.** In dieser Zahl sind Schulden aus noch zu gewährenden Krediten ... nicht enthalten. **Bereits heute entfallen 50 Prozent der neu gewährten Finanzhilfen auf den Schuldendienst.**"

Die Entwicklungshilfe – bezahlt aus den Steuergeldern des 'kleinen Mannes', bringt den 'grossen Männern' zweierlei Vorteil: Zum einen werden die notwendigen Strassen, Häfen, Schulen (Infrastruktur) in den 'Entwicklungsländern' geschaffen, um brauchbare Lohnarbeiter und Transportwege für die Herren Siemens, Krupp usw. bereitzustellen. Zum zweiten wird mit der Entwicklungshilfe die Verschuldung und damit die Abhängigkeit der Länder der dritten Welt vom Imperialismus erhöht.

Übrigens: Im Unterschied zur Entwicklungshilfe der Sozialimperialisten im Kreml, verlangt die VR China bei Krediten an Länder Afrikas usw. keine Zinsen.

Chemie - Tarifkampf:

KEIN VERTRAUEN IN VERHANDLUNGEN

In den Betrieben gärt es. Überall wird heftige Kritik an der IG-Chemieführung geübt: 11,5 %, mindestens 67 Pf. sind als Forderung aufgestellt. Die Mehrheit der Kollegen ist gegen die Prozentforderungen. Forderungen wie '120DM für alle' oder '150DM für alle' tauchten in vielen Betrieben auf. (Siehe auch RM Nr. 10)

Ein Mitglied der Tarifkommission Hessen, Willi Malkomes, gleichzeitig Mitglied des Parteivorstands der D'K'P, sagt dazu "Die Lohnforderungen liegen in Form und Inhalt weit unter dem Notwendigen. **Das schwächt die Verhandlungsposition der IG-Chemie** und kann dazu führen, dass die Kollegen in der chemischen Industrie Reallohnverluste einstecken müssen...." (UZ vom 23.3.73)

Die Verhandlungsposition der IG-Chemie-Bonzen! – das ist das einzige, was die Führer der D'K'P interessiert! Wie das dann aussieht, wenn es zum Kampf der Arbeiter gegen das Kapital kommt haben wir bei Hoesch gesehen. **Da bekannten die D'K'P-Führer offen, sie seien nur an der Spitze der Demonstrationszüge mitmarschiert, um ein 'neues 69' zu verhindern, da wurde offen der Abbruch des Streiks gefordert, um die 'Verhandlungspositionen' mit den Hoesch-Kapitalisten zu erleichtern.**

Die Durchsetzung der 11% durch die IG-Chemie-Führer hat allen Kollegen deutlich gezeigt, die Bonzen scheren sich einen Dreck um den Willen der Basis. Sie setzen durch, was Kapital und Regierung befehlen.

Für jeden Chemiearbeiter, der in dieser Lohntarifrunde seine Forderungen durchsetzen will," darf es darum kein: Stärkt die IG-Chemie-Führung! kein: Vertrauen in die Verhandlungen! geben. Allein der konsequente Kampf Klasse gegen Klasse kann zum Erfolg führen.

Für die Arbeiter und Angestellten in der Chemie-Industrie heisst es darum jetzt: Den Lohnkampf selber organiseren! Dieser Kampf muss nicht nur gegen die Kapitalisten, sondern auch gegen den DGB-Apparat geführt werden.



Chemie: 31. Oktober 1972 9% sind zuwenig – Streik!!

Die Arbeiter bei Hoesch, Mannesmann und anderen Betrieben haben den Weg gewiesen: Streik!

Für die Arbeiter gilt nicht die 11%-Forderung der Chemie-Bonzen; sondern die beschlossene Forderung aus den Betrieben!

Der Kampf muss bereits jetzt organisiert werden! Streikleitungen müssen gebildet werden. Gemeinsam sind die Chemiearbeiter stark. Die 300.000 streikenden Chemiearbeiter von 71 haben den Weg gewiesen!

Revisionistisches

Gesetzeshüter

Englische Arbeiter, die bei HDW in Kiel arbeiten, bekommen keinen Versicherungsschutz. Das 'Werftecho', Betriebszeitung der revisionistischen DKP schreibt dazu: "Wenn dies stimmt ist es eine Ungeheuerlichkeit. Das ist ja ein glatter Verstoss gegen bestehende Gesetze..." und weiter, "Wir meinen, es ist an der Zeit, dass den Gesetzen in den bundeseigenen Betrieben, wie HDW, Gültigkeit verschafft werden muss." Mit den Gesetzen des kapitalistischen Staates gegen die Kapitalisten kämpfen! Das ist 'Klassenkampf' wie ihn die DKP-Revisionisten verstehen.

"Brüderliche Zusammenarbeit"

Die von den Revisionisten vielzitierte 'brüderliche Zusammenarbeit' und' gegenseitige Hilfe' der COMECON Länder ist heute in Wirklichkeit eine Ausplünderung der anderen Staaten durch die Sowjetunion. Hier ein Beispiel dafür:

Bei der Gründung des COMECON wurden zwischen den Mitgliedsländern feste Tauschsätze zwischen den einzelnen Währungen vereinbart. Nun ist inzwischen der Wert der DDR-Mark wesentlich gestiegen, das heisst, die DDR-Mark ist jetzt wesentlich höher durch Produktionsanlagen und Produkte gedeckt als früher. Der Wert des Rubel hat sich nicht so stark verändert.

Würde die Sowjetunion nicht verhindern, dass der Wechselkurs angeglichen wird, wäre – um ein Beispiel zu nennen – der Wechselkurs nicht 5:1, sondern 3:1 zuungunsten des Rubels. Das heisst praktisch, die Sowjetunion kann in der DDR für das gleiche Geld mehr Ware einkaufen. Das tut sie denn auch fleissig. 40% des Aussenhandels der DDR geht in die Sowjetunion. Die Sozialimperialisten kaufen hochtechnisierte Maschinen, ganze Fabrikanlagen für ein Spottgeld. Die Honnecker-Clique stört das natürlich nicht: Sie wälzen das wieder auf die unterdrückten Volksmassen ab.

Ungarn finanziert US-Imperialismus!

Die USA und Ungarn haben vor kurzem ein Abkommen geschlossen, in dem sich Ungarn verpflichtet in 20 jährlichen Raten den USA 55 Millionen Mark zu zahlen. Für während des II. Weltkrieges enteignetes oder beschädigtes US-Eigentum. Den ungarischen Revisionisten muss schon sehr viel daran gelegen sein, sich beim US-Imperialismus 'liebkind' zu machen, den zumindestens die Entschädigungen gehen auf Kosten der Hitler-Faschisten. Und was das Volk nach dem Krieg zurecht beschlagnahmt hat, auch noch zu bezahlen, ist wirklich ein Hohn für alle sozialistischen Prinzipien.

Weiter verzichtet Ungarn auf Anspruche in der Höhe von zehn Millionen Mark, die auf ungarische Investitionen in der USA zurückgehen. Als Gegenleistung wollen die US-Imperialisten die Kontrolle über einige in den USA eingefrorene ungarische Konten aufheben. Das ist fürwahr ein feiner Tausch!

ROTE GARDE
JUGENDORGANISATION DER KPD/MARXISTEN-LENINISTEN
KITZINGEN



Kitzingen-RM. Anfang Februar verteilte die Rote Garde Kitzingen ihr erstes Flugblatt vor der Berufsschule:

Die Schule – ein Werkzeug der Bonzen

"Unser Schulboss Steiner wagte es einmal in einer Klasse zu sagen: "Ich versuchte hauptsächlich, eure Interessen zu vertreten, aber ab und zu muss ich auch an eure Chefs und Betriebe denken."

1. Beispiel: Beschluss der Stadtverwaltung, Materialgeld von den Schülern zu verlangen:

"Wir Schüler wurden vor einiger Zeit aufgefordert, für Materialgeld ca. 10 DM und für die kaum oder gar nicht benutzte spiessbürgerliche Bücherei 1,- DM pro Jahr zu bezahlen. Als dann in den meisten Klassen aufgemuckt wurde, drohte man sofort mit der Polizei."

2. Beispiel: Wenn Bestechung versagt, Druck von allen Seiten

"Bei uns in der Berufsschule sind manche Klassen halbiert. Die eine Hälfte hat einen ganzen Tag Schule,...die anderen dagegen zwei Vormittage. An diesen Tagen müssen dann die Schüler nachmittags in den Betrieb und bis 6 Uhr schuften. Eine Klasse schickte also ihren Klassensprecher, damit er sich dafür einsetzte, dass alle einen ganzen Tag Schule hätten. Der Klassensprecher, der bisher an zwei Tagen Schule hatte, bekam seinen ganzen Tag, jedoch nur er alleine... Bei der nächsten Gelegenheit unterhielten sich dann Lehrer und Chef über diesen Schüler... Kurz darauf telefonierte der Chef mit den Eltern des Lehrlings und beschimpfte sie..."

Uns Lehrlingen ist bestimmt klar geworden, dass die Schuldirektion und einige Lehrer mit dem Kapitalistenpack unter einer Decke stecken... In so einem Fall muss die ganze Klasse geschlossen für ihr Recht kämpfen und durchhalten bis zum Sieg."

Dieses Flugblatt traf ins Schwarze. In den Klassen wurde darüber diskutiert. Wenn Lehrer dagegen sprachen, hiess es: "Aha, auch so ein Arschkriecher."

Die Schulleitung behauptete, das Flugblatt sei eine Lüge. Eine eilig einberufene Klassensprecherversammlung sollte das bestätigen Aber die meisten Klassensprecher weigerten sich.

Am selben Tag noch holte Schulboss Steiner die Polizei. Lehrlinge, die mit den Verteilern gesprochen hatten, wurden verhört. Die Verfasser des Flugblatts waren aber nicht herauszubekommen. Da hetzte Steiner am nächsten Tag, als das Flugblatt wieder verteilt wurde, die Polizei auf die Verteiler. Sie wollte die Flugblätter beschlagnahmen. **Als eine Verteilerin erst die richterliche Verfügung sehen wollte, packten die Bullen sie und rissen ihr die Tasche mit den Flugblättern aus der Hand. Im selben Moment rissen die Schüler des benachbarten Gymnasiums die Fenster auf. Sie buhten und riefen: "Pfui! Bullenschweine!"**

Weil die Verfasser des Flugblatts nicht herauszubekommen sind, wird jetzt gegen die Verteiler vorgegangen. Der Direktor ihrer Schule schickte einen Brief an die Eltern; Landrat Bauer und Steiner haben Anzeige gegen sie erstattet.

Getroffenen Hunde bellen eben.

Aber das eine können sie sich merken, ob sie nun selbst Ausbeuter sind, oder ihnen die Stiefel lecken: Sie werden uns nicht kleinkriegen! Sie können wohl einzelne unter Druck setzen, aber die Rote Garde können sie nicht mundtot machen. Denn der Kommunismus lässt sich nicht verbieten. Wir werden weiterkämpfen bis zur Errichtung der Diktatur des Proletariats!"

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Britisches Weißbuch
mit Zuckerbrot und Peitsche

Die britische Regierung hat am 20. März ein Weissbuch über ihre Absichten in Nordirland herausgegeben.

Nach dem Inhalt des Weissbuchs bleibt Nordirland direkt unter der Knute der britischen Imperialisten. Es wird Freiheit vor Benachteiligung aus politischen und religiösen Gründen versprochen, ebenso wird eine engere Zusammenarbeit mit der irischen Republik (Eire) angekündigt.



Belagerungszustand dauert an

Was davon zu halten ist, sieht man in den 'Pferdefüssen' des Weissbuches: Die britischen Streitkräfte in Nordirland bleiben im Land.

Die britischen Landlords und Industriebosse, die dieses für sie sehr profitable Unterdrükkungssystem verewigen wollen, sind aus hartem Holz geschnitzt wie alle Unterdrücker. Ihre Justiz, Polizei und Armee dulden wohlwollend den faschistischen Terror 'protestantischer' Reaktionäre. Der Führer der Ulster-Vanguard-Bewegung, William Craig, darf in der Öffentlichkeit seine Anhänger zum Mord und zum Aufstellen von Namens-Listen irischer Patrioten zwecks Liquidierung aufrufen. Die faschistischen Mordbanden gehen straffrei aus oder werden bestenfalls wie böse Buben 'getadelt'. Irische Patrioten aber werden gehetzt, ohne Gerichtsverfahren in stacheldrahtumzäunten Lagern interniert und gefoltert.

Der Terror des britischen Imperialismus – von dem im Weissbuch nichts steht – dient der Absicherung der Kapitalinteressen in Nordirland. Heath rief in der letzten Zeit wiederholt dazu auf, den britischen Imperialismus mit Investitionen zu unterstützen.

Besonders westdeutsche Konzern-Manager drängeln sich vor, AEG, Grundig, Höchst und Olympia sind schon dick im Geschäft. US-Weltfirmen wie Goodyear, Du Pont und Ford scheffeln Geld.

Die Konzerne erhalten hohe Abschreibungsvergütungen und Sonderzuschüsse zur Deckung der Anlaufkosten bis zur Rentabilität. Die Erstausstattung mit Maschinen wird bis zu 70% aus Steuergeldern finanziert.

Folgende ganzseitige Anzeige in der NRZ zeigt unverblümt, wie die Angst der Nordiren um den schlechtbezahlten Arbeitsplatz ausgenutzt wird: **"Wo findet man heute noch 20 Bewerber für einen Arbeitsplatz? – In Nordirland"... "Das zeigt auch der Arbeitsfriede"... "Und das Verhältnis von Gewerkschaften und Industrie wird von common sense bestimmt" ..."Am Arbeitsplatz ist die politische Auseinandersetzung tabu" ...usw.**

Das Weissbuch der britischen Imperialisten, das mit Zuckerbrot und Peitsche weitere Knechtschaft für das irische Volk bringen soll, ist von Anfang an von den irischen Freiheitskämpfern bekämpft worden. In einer Erklärung Sean O'Bradys heisst es: "Das einzige Weissbuch, das dauerhaften Frieden garantiert, ist eines, in dem die britische Regierung ihr Interesse an der Ausübung der Souveränität über irgendeinen Teil Irlands aufgibt, das Recht des Volkes ganz Irlands anerkennt, seine eigenen Angelegenheiten zu regeln und ein Datum ihres Rückzugs ankündigt." Der einzige Weg, diesen Frieden zu erreichen, ist die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes gegen die britischen Imperialisten.

Fortsetzung : Kampf dem Verbrechen...

Genauso durchsichtig wie die Lügen der US-Imperialisten sind die Behauptungen, die ihre Marionette Thieu in die welt setzt. Für die angeblichen tausendfachen Angriffe Nordvietnams und des Vietcong können sie nicht einen einzigen Beweis liefern. Dafür schreibt sogar die bürgerliche Presse von den Überfällen der Thieu-Clique auf die befreiten Gebiete Rach Bap und Tong Le Chan.

Aber Thieu schickte seine Armee nicht nur gegen die befreiten Gebiete. Sein Feind ist im Moment vor allem das Volk Südvietnams, das immer mehr danach drängt den Unterdrücker Thieu zu verjagen. Zur Art und Weise, wie die Armee Thieus das Land 'kontrolliert', schreibt die FAZ: "Mit Flugzeugen transportierte Verbände, unterstützt von Bombern und schwerer Attillerie greifen überall dort zu, wo der Gegner sich rührt. Ziele sind Zonen und Dörfer, die flächendeckende Waffen zerstören. Sie nehmen dem Gegner mit einer Strategie der verbrannten Erde die Basis .Die flüchtende Bevölkerung wird in Lagern aufgefangen... Sie kann indoktriniert werden." (20.3.73)



Der Punkt, an dem Thieu am offensten sein verbrecherisches Gesicht zeigt, ist der Gefangenenaustausch. Thieu behauptet, keinen einzigen zivilen Gefangenen (also politischen Gefangenen) zu haben. Gegen diese Lüge haben bereits Amnesty International und sogar das Rote Kreuz protestiert. Der Leiter der katholischen vietnamesischen Gemeinde, Pater Nguyen Dinh Thy, hat inzwischen einen Aufruf an die Weltöffentlichkeit gegeben, der von 30 anderen religiösen, politischen und sozialen Vereinigungen Südvietnams unterschrieben ist. **Gefordert wird die sofortige Freigabe von über 200 000 politischen Gefangenen, darunter Frauen und Kindern, aus den Kerkern und von den Gefangeneninseln.** Zum Beweis seiner Aussage hat der Pater Photos und Dokumente über die mörderischen Verhältnisse in den Gefängnissen und über die Ermordung von Gefangenen vorgelegt.



Diese Verbrechen der USA-Thieu-Clique zeigen, der Kampf des vietnamesischen Volkes ist noch nicht zu Ende .Sorgen wir für die völlige Entlarvung der US-Imperialisten und der südvietnamesischen Reaktionäre!

Berichtigung

Der Text unter dem Bild der Südvietnamesischen Befreiungsarmee auf Seite 1 des Roten Morgen Nr. 11 ist missverständlich ('Befreiungsarmee rückt triumphierend vor'). Natürlich rückt die Befreiungsarmee derzeit militärisch nicht weiter vor, sondem hält sich, im Gegensatz zur USA-Thieu-Clique strikt an das Abkommen. Allerdings ist und bleibt auch die vietnamesische Befreiungsfront entschlossen, den Kampf gegen die USA-Aggressoren für die Wiedervereinigung des Vaterlandes zum siegreichen Ende zu führen.

Kampf um Zypern

In Zypern wächst die Unruhe. Bombenanschläge am laufenden Band. In der Hauptstadt Nikosia explodierten sechs, in der zweitgrössten Stadt Limasol 18 und in Papos sechs Sprengsätze, sechs Zeitbomben zerissen den El-Fatah-Führer Cheir. Sie wurden durch elektronische Fernsteuerung von der 100 Meter entfernt liegenden israelischen Handelsmission gezündet. Kurz darauf starb der israelische Geheimagent Gisler unter den Schüssen eines Mitglieds des "Schwarzen September".

Nicht zufällig hat sich der Kampf des Palästinensischen Volkes gegen die US-Israel-Aggressoren auf Zypern ausgedehnt. Über den souveränen britischen Stützpunkt Akrotivi wurde schon während des Sechstagekriegs die angloamerikanische Waffenlieferung für Israel abgewickelt, und wird es heute noch getan. Die amerikanisch-israelischen Grossmachtpläne erstrecken sich nicht nur auf die arabischen Gebiete, es geht um die Beherrschung des gesamten Mittelmeerraumes, innerhalb dessen die Insel Zypern eine strategische Stellung einnimmt. Über hundert israelische Agenten halten sich seit Monaten getarnt als Touristen, Techniker und Berater in Zypern auf Die Geheimorganisation des General Grivas versucht den Staatsstreich vorzubereiten, um Zypern an das von der Nato und dem CIA beherrschte faschistische Griechenland anzuschliessen. Zypern soll zur Festung des US-Imperialismus in seiner Auseinandersetzung mit den sowjetischen Sozialimperialisten um die Vorherrschaft im Mittelmeerraum werden.

Die beiden Nato-Partner Griechenland und die Türkei haben die Aufgabe den Nationalitätenkonflikt auf Zypern zu schüren. Die faschistischen Regimes in Griechenland und der Türkei setzen sich jeweils für 'ihre' Nationalitäten ein – aber nur mit einem Ziel: Um die weitere Verstärkung der Nato-Truppen auf Zypern durchzusetzen.

Kein Wunder also, dass der Erzbischof Makarios, der die Unabhängigkeit der Insel verteidigen will, von den griechischen Bischöfen abgesetzt wird, die den Faschisten in Athen zu Willen sind. Makarios hat sich aber bis jetzt standhaft allen Anschlägen der US-imperialistischen Allianz widersetzt und hat sich auch nicht in das Lager der sowjetischen Sozialimperialisten treiben lassen.

Um die Unabhängigkeit Zyperns zu verteidigen, muss er sich auf die bewaffnete Kraft des zypriotischen Volkes stellen. Er hat bereits Partei ergriffen, indem er sich auf die Seite der um ihre Befreiung vom imperialistischen und zionistischen Joch kämpfenden arabischen Völkern gestellt hat.

Aus Bomberteilen gebaut

HANOI, 8. Januar (AFP/ddp). Aus Teilen abgeschossener amerikanischer Langstreckenbomber vom Typ B-52 haben nordvietnamesische Elektriker ein Akupunkturgerät gebaut, das in erster Linie bei Entbindungen eingesetzt wird. In den vergangenen Wochen wurden bereits über 3000 Entbindungen, davon 75 Prozent ohne Anwendung anderer Betäubungsmittel, mit Hilfe des Gerätes durchgeführt. Es besteht aus vier Transistoren, mehreren Minitransformatoren und zwei oder drei Potentiometern, einer Ablesetafel sowie rund 20 weiteren Teilen. Es hat die Größe eines Buches und den Vorteil, daß mehrere Nadeln zur gleichen Zeit an den Patienten angebracht werden können.

Frankfurter Rundschau 9.1.73

Vietnam:

Bisher veröffentlichte Spenden: DM 4 574,83

04.2.73	Kiel	51,31
16.2.	D.H., 4703 Bören	50,–
19.2.	Flohmarktverkauf Mannheim	50,–
19.2.	Haussammlung im Stadtteil Altona	578,70
19.2.	H.-O.K., Todenbüttel	101,60
21.2.	Kunden des Thälmann-Buchladens Kiel	85,–
21.2.	H.W., Schweinfurt	100,–
22.2.	H.U.S., Eckernförde	10,–
28.2.	Haussammlung im Stadtteil Altona	367,–
01.3.	R.B., Berlin-Charlottenburg	13,–
01.3.	F.R., Kempten	165,–
06.3.	RG- und Sympathisanten-Genossen Kiel	170,–
06.3.	B.D., Herford	62,–
08.3.	Sammlung auf Veranstaltung in Darmstadt zur Einheit der Marxisten-Leninisten	94,20
		6 472,64

Hört die revolutionären Sender !

RADIO TIRANA 23.00 - 23.30 41 und 50 Meter 215 Meter

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter 215 Meter
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter

32 Meterband entspricht 9.26 Mhz
41 Meterband entspricht 7.23 Mhz
50 Meterband entspricht 5.95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 400 khz (Mittelwelle!)

RADIO PEKING

19.00 - 19.30 immer: 43.7, 42.8
21.00 - 22.00 und 26.2 Meter

Kein Geld für Thieu -

VIETNAMDEMONSTRATION IN DORTMUND

Am Samstag, dem 17.3.73, fand in Dortmund eine Demonstration der Dortmunder Vietnamkomitees statt. Rund 200 Menschen beteiligten sich. Voran gingen die Vietnamkomitees, am Ende bildeden unsere Genossen einen festen Block unter der Fahne der Partei und der Roten Garde. Mehrere Passanten reihten sich während der Demonstration in unsreren Block ein. 25 Rote Morgen konnten verkauft werden.

Vor und während der Demonstration wurde von den Genossen der Vietnamkomitees unter der Losung: 'Kein Geld für Thieu' gesammelt. Abends ,auf einer Veranstaltung der Vietnamkomitees, auf der einige Sketche von jungen Genossen vorgeführt wurden, wurde auch das Ergebnis der Sammlung bekannt gegeben: 500DM waren zusammengekommen.

AUFRUF

der KPD/ML zur Aktionseinheit aller revolutionären Kräfte am 1.Mai !

Die rote Fahne, das Symbol der internationalen revolutionären Proletariats, muss an diesem 1. Mai 1973 mavhtcoll entfaltet werden. Jeder aufrechte Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse und des Sozialismus ist aufgerufen, für einen möglichst breiten Zusammenschluss am 1. Mai zu kämpfen.

Seit dem Bestehen der Arbeiterbewegung, besonders seit dem Aufkommen des Reformismus und modernen Revisionismus ,haben Arbeiterverräter im Auftrag der herrschenden Klasse den 1. Mai gespalten. Auch an diesem 1. Mai werden die gekauften Führer des DGB, der SPD und D'K'P versuchen, die vorwärtsmarschierende Arbeiterbewegung unter ihre Fahne zu bekommen. Das darf ihnen noch weniger als in den letzten Jahren gelingen!

Daher: Gegen Kapital und Arbeiterverrat die Aktionseinheit der revolutionären Organisationen geschmiedet!

Welche Bedingungen stellen wir für eine Aktionseinheit?

1. Ablehnung jedes Versuchs, am 1. Mai mit den offenen Feinden der Arbeiterklasse und des Sozialismus zu paktieren: mit den Führern des DGB und der D'K'P, sowie trotzkistischen Organisationen.

2. Freihet der eigenen Agitation und Propaganda. Dabei sind ebenfalls ausgeschlossen jede antikommunistische Propaganda, Losungen gegen die sozialistischen Länder und den Kampf der revolutionären Völker. Ausgeschlossen ist auch jede Propaganda für imperialistische Länder, einschliesslich des Sozialimperialismus.

Für einen machtvollen roten 1.Mai 1973 !

Der Aufruf des Zentralkomitees der KPD/ML zum 1. Mai 1973 wird diese Woche propagiert. Er steht unter der zentralen Losung:

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG! VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DAS KAPITAL UND SEINE HANDLANGER!

Dieser 1. Mai bringt die gewachsene Kampfkraft und das erhöhte politische Bewusstsein der Arbeiterbewegung zum Ausdruck: die Tatsache, dass die Bundesrepublik keine ruhige Insel mehr im weltweiten Meer des Klassenkampfes ist.

Die Gewinnung möglichst vieler klassenbewusster und revolutionärerKollegen für kämpferische Maidemonstrationen unter roten Fahnen ist eine Kampfaufgabe für alle Genossen der Partei in den nächsten Wochen.

Unsere Partei wendet sich an alle fortschrittlichen und revolutionären Organisationen und führt mit ihnen die solidarische Diskussion für die Kampflinie zum 1. Mai. Aber auch wenn es hier Differenzen gibt, die Partei wird dafür kämpfen, dass zum 1. Mai einheitliche Demonstrationen der proletarischen Kräfte stattfinden, dass ein klarer Trennungsstrich zu den Feinden der Arbeiterklasse und des Sozialismus gezogen wird. Jedem ehrlichen Klassenkämpfer und Revolutionär muss daran gelegen sein, den roten 1. Mai gegenüber dem Regierungsmai und den von DGB und D'K'P Bonzen organisierten Maidemonstrationen zu stärken.

Wir stellen auch an alle marxistisch-leninistischen Organisationen keine weiteren Forderungen für eine Aktionseinheit. Seit dem Bruch der Marxisten-Leninisten gegenüber der Chruschtschowianern in der Führung der KPD und D'K'P, der mit der Gründung der KPD/ML stattfand, hat das Proletariat wieder eine klare Perspektive: am 1.Mai wird gegen die Arbeiterverräter von DGB und D'K'P demonstriert! Aber immer wieder zeigte der 1. Mai noch die Zersplitterung der revolutionären Kräfte. Dieses Spaltertum am 1. Mai hat seine Ursache in der Haltung zum modernen Revisionismus, zur D'K'P, der Partei des Arbeiterverrats. Auch an diesem 1. Mai kämpfen wir gegen jeden Versuch, die Massen durch einen mittleren Weg zwischen Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus zu täuschen.

Arbeiter, Bauern, Werktätige, Studenten - für uns Kommunisten ist es die Pflicht, für die revolutionäre Einheit am 1. Mai zu kämpfen! Wendet Euch gegen alle Versuche, die mit scheinheiligen Argumenten unsere Reihen am 1. Mai 1973 zu spalten suchen.

Angst vor Aktionseinheit ?

Dies ist die Linie unserer Partei zum 1. Mai 1973. Wir fragen Euch, was ist Eure politische Linie? Diese Frage ist deshalb zu stellen, weil Ihr am 1. Mai des vorigen Jahres deutlich gemacht habt, daß Ihr, angeblich um der Einheit der Marxisten-Leninisten willen, auf politische Positionen einzuschwenken allzu bereit wart, die mit der revolutionären Politik nichts mehr zu tun hatten. Ihr wart damals bereit, mit der KPD/ML (ZB) ein Bündnis einzugehen, dessen wesentliche Bestandteile Ihr jetzt, nach dem offenkundigen Untergang des ZB, als Inbegriff der revisionistischen Verkommenheit dieser Gruppierung angreift. Die Tatsache, daß Ihr mit einem Bündnisangebot zum 1. Mai dieses Jahres an uns herantretet, ohne selbst ein politisches Programm zu unterbreiten, zeigt uns, daß Ihr wiederum die politische Linie selbst zum Verhandlungsgegenstand machen wollt, daß Ihr mit derselben Prinzipienlosigkeit daran geht, die "Einheit der Marxisten-Leninisten" herstellen zu wollen, wie im letzten Jahr. Für unsere Partei ist aber die Frage der Einheit der Marxisten-Leninisten unlösbar verknüpft mit der Frage, auf welcher Grundlage die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse im Klassenkampf hergestellt werden kann. Die Bedingungen dieser Einheit sind gegeben sowohl in der tatsächlichen Entwicklungsstufe des revolutionären Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse als auch in der Strategie und Taktik ihrer Kommunistischen Partei. Sie können nicht durch Verhandlungen hin- und hergeschoben werden. Untersuchen, Organisieren, Klassenkampf heißt deshalb auch die Richtlinie der Arbeit unserer Partei.

Wir machen Euch darauf aufmerksam, daß Ihr Euer Bündnisangebot zum 1. Mai nur als taktischen Schachzug versteht. Unwiderrufen steht in Eurem Zentralorgan die Behauptung "Die AO-Häuptlinge sind durch und durch Feinde der Arbeiterklasse!". Ihr beschimpftet uns in demselben Artikel ferner als "Wasserträger der DKP/SEW-Revisionisten". In Eurer jüngsten Polemik nanntet Ihr uns Trotzkisten. Eure Vertreter spendeten Beifall, als bei zentralen Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen gegen die reaktionären Ausländergesetze unsere Partei als "Agent des Imperialismus" bezeichnet wurde, und so weiter. Wir sind der Auffassung, daß der internationale Kampftag der Arbeiterklasse eine zu ernste Sache ist, als daß unsere Partei es gestatten sollte, durch ein Eingehen auf Euer Angebot den Eindruck zu erwecken, als fördere sie solche Haltungen, wie sie in Eurem opportunistischen Konzept zum Ausdruck kommen; wir ersehen aus dem oben Erwähnten wie aus Eurer ganzen Politik in den vergangenen zwei Jahren, daß Euer Interesse darauf gerichtet ist, aus den wechselnden Konstellationen der "linken Bewegung" prinzipienlos, und daher ohne Erfolg, Vorteile zu ziehen, nicht aber darauf, einen ernsthaften Kampf um den Zusammenschluß der Arbeiterklasse und die Einheit der Marxisten-Leninisten zu führen. Ihr denkt und handelt als Sekte, schadet der Arbeiterklasse insofern, als Ihr als Kommunistische Partei auftretet, aber der Schaden ist, angesichts Eures tatsächlichen Einflusses in der Arbeiterklasse, gering. Wir sehen aufgrund all dieser Tatsachen keine Grundlage für eine revolutionäre Aktionseinheit zum 1. Mai 1973.

Mit kommunistischem Gruß

Ständiger Ausschuß des Zentralkomitees der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD) [redacted] JH.

Dortmund, den 20. März 1973

P.S.: Wir machen Euch im übrigen darauf aufmerksam, daß Euer Brief vom 7. März der letzte gewesen ist, den wir wegen Eures Verzichts auf minimalste Umgangsformen nicht zurückgeschickt haben.

Nieder mit den Spaltern!

An die Mitglieder der KPD/AO

Genossen!
dieser abgedruckte Brief ist ein Produkt Eurer Führung. Seine Konsequenz heisst: Am 1. Mai ,marschieren die revolutionären Kräfte getrennt. Ein Wust von Begründungen kann nicht darüberhinwegtäuschen, dass hier die alte Linie des Spaltertums von neuem im Extrem fortgesetzt wird, dass versucht wird, einen 'mittleren' Weg zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus, zwischen Revolution und Arbeiterverrat zu beschreiten. Das heisst aber nichts anderes, als den offenen Spaltern und Verrätern der Arbeiterklasse, dem Hauptfeind in der Arbeiterbewegung in die Hände zu arbeiten.

Genossen!
Was ist die erste Lüge des Herrn H.? Zum 1. Mai 1972 wurden zwischen den Genossen der Gruppe Rote Fahne Bochum und der KPD-ML auf allen Ebenen diskutiert. Unser Ziel war dabei, den ideologischen Kampf für die Einheit, für ein Ende der Zersplitterung der Kräfte, für die Beseitigung opportunistischer Ideen zu kämpfen. Wir hatten damals Erfolg, und heute haben sehr viele Genossen dieser Organisation den richtigen Schritt gemacht: Auflösung der Gruppe Rote Fahne! Einheit in der KPD/ML. Hat vielleicht Herr H. Angst vor einer ähnlichen Entwicklung für seine Spalterorganisation, wenn er eine Aktionseinheit zum 1. Mai ablehnt?!

Genossen,
wir haben in den letzten Jahren immer wieder die Erfahrung machen müssen, dass Minimalplattformen mit Losungen benutzt wurde, um erpresserisch in den ideologischen Kampf um die revolutionäre Linie einzugreifen, dass schliesslich einzelne Differenzen in Losungen als Anlass für Spaltung der Aktionseinheit dienten. Immer wieder wird versucht, gerade von den Führern der KPD/AO, die eigene Agitation und Propaganda der KPD/ML mit allen Mitteln, bis zu den übelsten Schlägermethoden, zu verhindern, um der ideologischen Auseinandersetzung auszuweichen. Daher haben wir die zwei Bedingungen in dieser Hinsicht als minimale Voraussetzung fest gelegt. Das Dutzend Begründungen des Herrn H. für die Unmöglichkeit einer Aktionseinheit kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass er den Kampf um einen einheitlichenn und revolutionären 1. Mai fürchet, sein Spaltertum ein Zeichen von Schwäche ist.

Herr H. von der 'KPD' ist der Auffassung, dass der internationale Kampftag der Arbeiterklasse eine ernste Sache ist. Genau davon geht die KPD/ML aus, nicht aber Herr H.. Er will nicht den 'Eindruck erwecken', auf unsere angeblich opportunistische Politik einzugehen. Und das will ein Kommunist sein. Ein Kommunist kämpft gegen opportunistischen Auffassungen, kämpft um die Gewinnung jeden Revolutionärs für die richtige Linie. So ernst ist es dem Herrn H. um die Sache der Arbeiterklasse, dass er um 'keinen Eindruck zu erwecken' (gegenüber wem?!), die 'Strategie und Taktik' seiner 'KPD' nicht mit den revolutionären Arbeitern, Werktätigen der KPD/ML konfrontieren will.

Die KPD/ML wird jedenfalls weiterhin ohne Rücksicht auf einen 'Eindruck' rückhaltlos für Aktionseinheit und Klarheit der Linie mit KPD/AO-Genossen kämpfen.

Unsere Polemik gegen die falsche Linie ist auch noch ein Argument für die Spalterabsichten des Herrn H. Wenn wir ein Angebot zur Aktionseinheit an die KPD/Ao richten, dann deshalb, weil wir sie eben noch nicht für eine offen trotzkistische oder revisionistische Organisation halten. An dem trotzkistischen und revisionistischen Wurm in dieser Organisation halten wir allerdings fest. Aber darüber ist Herr H. derartig beleidigt, dass er die 'Sache der Arbeiterklasse' eine einheitliche revolutionäre Demonstration an diesem 1. Mai vom Tisch fegt.

Dass die KPD/ML ein 'Sektiererhäufchen' ist, haben wir zur Genüge von der D'K'P gehört. Was die objektive Stärke unserer Organisation angeht, so sind wir allerdings nie in die Methoden des Herrn H. und Co. von der 'KPD' verfallen, masslose Hochstapelei und Rosstäuscher-Tricks anzuwenden.

Und wie wichtig dem grössenwahnsinnig gewordenen Herrn H. die Sache der Arbeiterklasse ist, zeigt schliesslich auch seine Feststellung, dass die KPD/AO wegen angeblicher Formfehler jeden Kontakt zur KPD/ML abbrechen will.

Genossen!
Unser Angebot zur Aktionseinheit ist kein taktischer Schachzug'. Unser Angebot heisst: Bezieht Stellung zur Einheit gegenüber den offenen Arbeitervarrätem den Reformisten, Revisionisten und den Trotzkisten. Wenn Herr H. nicht will, dieser 1. Mai wird seine revolutionäre Maidemonstration haben, auch ohne die Herren H. und Co.

Erster Antikriegstagsprozess in München:

Anklage gegen die Imperialisten!

München (RM) – Am 20.3. fand vor dem Jugendschöffengericht in München der Prozess gegen den 21-jährigen Arbeiter und Soldat, Peter B. statt (siehe Roter Morgen Nr. 11).



Von Anfang an musste das Gericht sehen, dass es hier nicht einfach einen Einzelnen fertigmachen konnte. Der Gerichtssaal war bis auf den letzten Platz besetzt, die anwesenden Polizeispitzel von den Genossen eingekeilt. Hier hatten es Richter und Staatsanwalt auch nicht mit einem Angeklagten zu tun, der vor ihnen buckelte und bereute.

Genosse B. weigerte sich grundsätzliche weitere Fragen zur Person und zur 'Sache' zu beantworten und gab stattdessen eine Erklärung zur Antikriegstags-Demonstration ab(Auszug):

"Schon aus den Formulierungen in der Anklageschrift kann man sehen, dass es sich um konstruierte Anschuldigungen handelt. Damit sollen genau die Gesetze zur Anwendung kommen können, die die herrschende Klasse gegen Kommunisten gemacht hat, die Gesetze, mit denen das Volk vom Kampf gegen Ausplünderung, Unterdrückung und Kriegstreiberei abgehalten werden soll. Die Klassenjustiz will hier einige Genossen herausgreifen, ihnen hohe Strafen aufbrummen und hofft, so alle konsequenten antimilitaristischen Kämpfer einschüchtern zu können.

Diese grosse Demonstration vom 2. September war nämlich der richtige Ausdruck der breiten antimilitaristischen Bewegung, die vor allem die Jugend ergriffen hat. Am 1. September letzten Jahres jährte sich zum 33. Mal der Tag, an dem der deutsche Imperialismus unter Hitler Polen überfiel und den II. Weltkrieg entfesselte. Die Riesenverbrechen an der Menschheit sind bekannt und auch heute gerade in der Jugend unvergessen...

Die Rüstungsproduktion lief auf vollen Touren, der Militärapparat wurde riesig ausgebaut und nach aussen wurde den Völkern der Welt das friedliebende dritte Reich vorgelogen, während die Wehrmacht schon die Besetzung fremder Länder übte. Der Parteitag der NSDAP 1938 stand unter dem Motto 'Parteitag des Friedens'. Die olympischen Spiele 1936 hatten die Aufgabe, die Welt über die angriffslustigen Pläne des deutschen Imperialismus hinwegzutäuschen."

Im folgenden zieht der Genosse in seiner Erklärung die Parallele zu heute. Expansionspolitik, Aufrüstung, Militarisierung, – aber auch eine breite antimilitaristische Bewegung in der deutschen Jugend und die erhöhte Wachsamkeit der Völker in aller Welt gegenüber dem deutschen Imperialismus. Um die Völker über die Bonner Grossmachtpläne zu täuschen –

"dazu sollten die olympischen Spiele dienen, die gross als Friedensspiele herausgeputzt wurden. Deshalb war auch die Münchner Innenstadt zur Bannmeile erklärt worden. Die breite Antikriegs-Bewegung sollte ihrer Möglichkeit beraubt werden, die wahren Verhältnisse in Westdeutschland vor der Weltöffentlichkeit aufzudecken.

Um einen ungestörten Ablauf dieses Täuschungsmanövers zu gewährleisten wurden aus dem gesamten Bundesgebiet 20.000 Bundeswehrsoldaten und 12.000 Polizisten zusammengezogen. Das neue Gesetz, das den Bundesgrenzschutz offen zur Bürgerkriegsarmee macht, wurde angewandt. Die 'Friedensspiele' sollten nicht gestört werden.

Trotzdem demonstrierten am 2. September 6000 Antimilitaristen, Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen. ... Wenn der Demonstrationszug die Absperrungen zum Marienplatz durchbrochen hat, dann hat er die volksfeindlichen Absichten der westdeutschen Imperialisten durchbrochen, dann hat er das getan, weil sich die Demonstranten ihrer Verantwortung allen Antimilitaristen, allen friedliebenden Menschen gegenüber bewusst waren".

In diesem Politischen Prozess versuchten Staatsanwaltschaft und Gericht – wie bei solchen Prozessen üblich – ihre eigenen Gesetze zu umgehen. Der Rechtsanwalt und die aktive Öffentlichkeit im Gericht enthüllten diese Praktiken, so dass die Klassenjustiz vorerst noch nicht riskierte, ihre eigenen Gesetze offen zu brechen, Der Prozess musste verschoben werden.

NACH DEM PROZESS

Mit einem Strauss Nelken und schnellgefertigten Transparenten zogen Genosse B. und die Zuschauer zum Münchner Stachus. Sie diskutierten mit der Bevölkerung, einige sangen das Lied: "Gebt die politischen Gefangenen frei."

Im Nu hatten sich mehrere hundert Menschen versammelt, – und gleich darauf auch Polizei. Ein Polizist wagte sich in die Menge, um ein Schild der Demonstranten herunterzureissen. Sofort hörte man überall: "Sauerei, man wird doch wohl noch mal seine Meinung sagen dürfen" – "Was ist das denn für ein Staat, es geht wohl wieder los!" – "Nazimethoden" – usw.. Als der Polizist daraufhin einen Passanten festnehmen wollte, wurde dieser durch andere Passanten wieder befreit. Die Polizei musste abrücken. Sie führten einen abseits stehenden Passanten mit weissem Arbeitskittel ab, weil dieser sich auch über ihr Vorgehen empört hatte.

Polizei und Justiz dieses Ausbeuterstaates stossen auf immer breiteren Widerstand. Die Solidarität mit den angeklagten Demonstranten vom Roten Antikriegstag muss breiter organisiert werden.

KAMPF DEM WESTDEUTSCHEN MILITARISMUS!

Sie bleiben kühn!

**Sie fürchten euch nicht,
Sie sagen es stolz,
Vergebens euer Müh'n,
Vergebens euer Gericht,
Sie bleiben kühn!
Sie sind Soldaten der Revolution,
Ihr Wollen ist stark,
Sie wanken nicht,
Trotz Kerker, trotz Hohn:
Sie schrein euch ins Gesicht!
Ihr brecht nicht das Feuer,
Ihr schürt es nur!
Unser Banner ist rot,
Unser Banner ist teuer,
Heraus mit den politischen Gefangenen!**



SOLIDARITÄTSKOMITEE:

AN ALLE DEMONSTRANTEN DES ROTEN ANTIKRIEGSTAGES

Wir fordern alle Genossen und Sympathisanten, die wegen der Demonstrationen vom 2./3. September von der Klassenjustiz verfolgt und beschnüffelt werden, auf, dem Solidaritätskomitee darüber zu berichten. Nur dann können wir gemeinsam die politische ideologische und juristische Vorbereitung der anstehenden Prozesse in Angriff nehmen.

MACHEN WIR DIE PROZESSE ZU EINEM BUMERANG FÜR DIE BOURGEOISIE!

Wendet Euch an das Solidaritätskomitee: 'Kampf der politischen Verfolgung' 143 Essen, Postlagerkarte 06 43 76 A

VIETNAM-DEMONSTRANT VERURTEILT

Im **Roten Morgen** Nr. 15/72 berichteten wir von einem brutalen Polizeieinsatz gegen Vietnamdemonstranten. Genossen der Ortsgruppe München der KPD/ML diskutierten mit Sympathisanten im Anschluss an eine Vietnamdemonstration. Beim Verlassen des Lokals wurden sechs Genossen und Kollegen von Polizisten aufgelauert, zusammengeschlagen und fortgezerrt.

Jetzt fand der erste Prozess vor Gericht statt. Von vorneherein war völlig klar, dass für das Gericht jede Aussage eines Polizeibeamten tausend Aussagen von Kommunisten und fortschrittlichen Menschen überwiegt.

Das Märchen der Polizei: Vor dem Lokal sei der Angeklagte aufgefordert worden, seine Personalien zu zeigen. (Weshalb eine ganze Polizeitruppe mit Totschlägern und Knüppeln aufmarschiert war!) Der Angeklagte habe sich geweigert – darum war es notwendig, 6 Leute zusammenzuschlagen. Das ist alles ganz klar, für die Polizei-Zeugen, für das hohe Gericht, für den Staatsanwalt.

Der Angeklagte wurde verurteilt. Die westdeutschen Komplizen der US-Völkermörder werden nicht das letzte Wort behalten!

Kampf der Auslieferung von Ivo della Savia

Über hundert Demonstranten versammelten sich am 23.3. vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt Die italienische Regierung hatte am 31.1. die Auslieferung von della Savia "wegen angeblicher Beteiligung an einem Bombenanschlag auf die Landwirtschaftskammer in Mailand im Jahre 1969 verlangt. Sollte das Oberlandesgericht die Ausweisung beschliessen, ist das Leben della Savias in Gefahr; denn bisher sind bereits vierzehn Zeugen des Anschlags heimtückisch ermordet worden.



"...liess der Angeklagte an Arbeiter verteilen..."

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht
– 2 Js 275/72 –
An das Amtsgericht-Schöffengericht in Kiel

Kiel, den 14.Juni 1972

ANKLAGE

Der Student* W.W.
geboren am 25.Mai 1948 ...
wird angeklagt
in Kiel
am 7.März 1972
öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften die Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder oder ihre verfassungsmässige Ordnung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht zu haben.

Der Angeklagte ist veranwortlicher Herausgeber der Druckschrift der Roten Garde Kiel/Marxisten Leninisten 'Thomas Weisbecker – erneuter politischer Mord in der Bundesrepublik'. In diesem Flugblatt heisst es unter anderem:

"Am 2. März1972 wurde der Kieler Thomas Weisbecker aus vier Meter Entfernung in Augsburg angeblich aus Notwehr erschossen, weil er bei einer Überprüfung zu einer Pistole gegriffen haben soll...

Georg von Rauch, ebenfalls aus Kiel, wurde – mit erhobenen Händen an einer Wand stehend nachweislich unbewaffnet – hinterrücks niedergeschossen, weil er den Kopf bewegte...(gekürzt **RM**)

Es wird gleich auf den Kopf oder in die Brust gezielt. Hier wird die Stossrichtung der Aktionen und die Propaganda in der Presse klar: Einschüchterung der Bevölkerung und gleichzeitig umfassende Vorbereitungen, die Unterdrückungsmassnahmen gegen die fortschrittlichen, sozialistischen und demokratischen Kräfte auf allen Ebenen einzuleiten..."

Diese Druckschrift, die am Schluss der Ausführungen zu einer Kundgebung am 8.März 1972 auf dem Vinetaplatz in Gaarden aufruft, liess der Angeschuldigte am Morgen des 7.März 1972 vor dem Tor der Howaldtwerke in der Werfstrasse an Arbeiter verteilen.

– Vergehen nach § 90a Abs.1 Ziffer 1 StGB –

Es wird beantragt, das Hauptverfahren zu eröffnen..

Albrecht
Leitender Oberstaatsanwalt

Der Prozess gegen diesen Genossen wie andere von den Roten Zellen an der Universität Kiel findet jetzt statt. Wir werden darüber berichten.

* Der Genosse ist in Wirklichkeit Medizinalassistent an einem Kreiskrankenhaus.

Fortschrittliche Rechtsanwälte sollen mundtot gemacht werden

Im Roten Morgen Nr. 7/73 berichteten wir von den fortschrittlichen Rechtsanwälten, die vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe in Hungerstreik getreten waren. Sie wollten damit gegen die Methoden der Klassenjustiz gegen ihre politischen Gegner und gegen die unmenschlichen Haftbedingungen von politischen Gefangenen in der BRD protesiteren. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft vom Landgericht Karlsruhe Ermittlungsverfahren gegen diese Rechtsanwälte eingeleitet.

Die Staatsanwaltschaft stützt sich dabei auf § 131 des Strafgesetzbuches, der besagt, wer erdichtete oder entstellte Tatsachen, wissend, dass sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit lächerlich zu machen, wird mit einer Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Dass die Rechtsanwälte die wirklichen Verhältnisse in den Gerichtssälen und Gefängissen dieses Staates wahrheitsgetreu aufdeckten, ist schon tausendmal bewiesen. Um was es hier geht, zeigt die gleichzeitige Einleitung von Ehrengerichtsverfahren vor der Rechtsanwaltskammer. Rauskommen soll ein Berufsverbot.

Gegen Rechtsanwalt Becker aus Heidelberg, der z.B. den Demonstranten vom Antikriegstag in München verteidigte, wurde bereits ein solches Ehrengerichtsverfahren eingeleitet. Die Schlappe, die Richter und Staatsanwalt in München erhielten, soll nicht wieder vorkommen.

Fortschrittliche Rechtsanwälte, die sich gegen die zunehmende Faschisierung dieses Staates wenden, die Kommunisten und andere Revolutionäre verteidigen, sollen ausgeschaltet werden. Auch dagegen muss sich die Bewegung gegen politische Verfolgung und Klassenjustiz wenden.

Atomminen und Giftstoffe

NATO-Truppen, raus aus Deutschland!

"Egal, ob sie mit Raketen, Bomben oder Maschinengewehren schossen, das Ziel wurde stets mit erstaunlicher Treffsicherheit getroffen."

So begeistert sich die westdeutsche Presse über das Nato-Manöver, Bulls Eye, das bis zum 28.3. in Norddeutschland lief. Die bürgerlichen Schreiber sagen im Klartext, was bei Brandt und Leber vornehm heisst: 'den Frieden gestützt auf das Nato-Bündnis sichern.

Die Häufung der Manöver der NATO und des Warschauer Pakts in der letzten Zeit zeigt, was von der angeblichen Friedens- und Entspannungstendenz in Europa zu halten ist. Das Gegenteil von Frieden und Entspannung, das Gegenteil von 'menschlichen Erleichterungen'. Was die NATO-Armee bei uns angeht, so haben deren Anführer, die US-Militaristen, in Vietnam bewiesen, zu welchen Verbrechen sie fähig sind. Vor solchen Verbrechen werden sie auch in Deutschland nicht zurückschrecken.





Amis mit aufgepflanztem Bajonett gegen demonstrierende deutsche Bevölkerung!

So heisst es im Spiegel Nr. 35 1972: "... In streng geheimen Kreigsplänen für Westeuropa, Kuba, Korea, Äthiopien und Venezuela empfahl die 'Strategische Studiengruppe' des US-'Corps of Engineers' den Einsatz jener Kraftstoffe, mit denen sie das Land ihres fernöstlichen Allierten Südvietnam seit elf Jahren verwüsten: Chemische Entlaubungsgifte..." Hauptkampfzonen sind nach Ansicht der US-Pioniere zunächst die bewaldeten Gebiete zwischen Fulda und Rhein."

Aber nicht nur chemische Gifte sind geplant. Vor einem Jahr wurde durch den amerikanischen Soldaten Michael Doyle bei einem Kreigsdienstverweigerungsverfahren bekannt, dass in seiner Kavallerieeinheit bei Kiztingen in Unterfranken Atomminen lagern. Auf die Empörung in der Bevölkerung hin bemühte sich das Landratsamt Kitzingen verzweifelt, diese Enthüllung als Lüge hinzustellen. Es wurde behauptet, der Prozessberichterstatter sei 'links'; es gebe keine Atomminen, 'bloss' Nuklearwaffen usw. Der Landrat wollte alle Bedenken zerstreuen durch einen Brief vom US-Hauptquartier, der ein wirkliches Dementi sein sollte. Sein Argument hatte nur einen Schönheitsfehler: Der Brief darf nämlich auf höhere Weisung von München nicht veröffentlicht werden...

Stattdessen veröffentlichte aber eine Lokalzeitung folgende Antwort, die sie auf Anfrage beim US-Hauptquartier erhielt:

US-Hauptquartier: „Keinerlei Gefährdung"

Das in Heidelberg stationierte Hauptquartier der US-Armee in Europa nimmt wie folgt Stellung zu unserer Anfrage nach der „Atom-Abteilung" in Kitzingen: „Das 10. Pionierbataillon der 3. Infanteriedivision verfügt über ein Atomic Demolition Platoon (i. e. Nuklearwaffen-Sprengkommando), welches aus 35 Mann besteht und dem Bataillon angeschlossen ist. In Friedenszeiten, so wie jetzt, sind Übungen die Hauptaufgabe dieses Zuges (Platoon). Das Übungsprogramm des Zuges gefährdet in keiner Weise die Zivilbevölkerung oder irgendwelches Privateigentum."

gez. H. Lutz,
Pressestelle, Hqs U.S. Army,
Europe and Seventh Army

Wie die Vandalen

Die US-Truppen sorgen mit dem 'Frieden', den sie wie die Vandalen der westdeutschen Bevölkerung bescheren, selbst dafür, dass die Massen sich immer heftiger empören. Wer geht denn nicht auf die Barrikaden, wenn er sieht, wie die Besatzer hier nach dem Standpunkt: Nach uns die Sintflut hausen wie die Vandalen.

Ob wie in Würzburg die Abwässer aus den Kasernen einfach in den Main gekippt werden.

Oder wenn wie in Sundsacker bei Eckernförde auf der einzigen Strasse, die ein Heim für schwer behinderte Kinder mit dem Ort verbindet, jetzt Nato-Panzer rollen sollen?

Wenn wie in Breitenau bei Bamberg ein Raketenstandplatz ausgerechnet auf dem Anwesen von drei Kriegerwitwen angelegt werden soll und ihnen eine 'Abfindung' von 46Pf pro Quadratmeter dafür angeboten wird?

Wenn wie in Erlensee, Nordhorn und anderen Städten die Bevölkerung nervenkrank wird vom Lärm auf den Nato-Flugplätzen?

Wenn wie im Emsland im Kreis Cloppenburg Bombenabwurfplätze direkt in die Nähe von Städten und Dörfern geplant werden, das Leben der Bevölkerung auch in 'Frielenszeiten' direkt bedroht ist?

Gewaltsam gegen die Unterdrücker!

Wie schnell es bei dem Kampf der Bevölkerung gegen die ausländischen Truppen mit dem 'Friedensgehabe' der Imperialisten vorbei ist, zeigt der Kampf der Nordhorner Bevölkerung vor zwei Jahren. Im Herbst 1971 besetzten mehrere hundert Einwohner von Nordhorn und Klausheide im Emsland den Bombenübungsplatz der Nato. Den Demonstranten schlossen sich viele Arbeiter der Nachtschicht der Nordhorner Textilfabriken und mehrere Schulklassen mit ihren Lehrern an. Mit der Besetzung wurde gegen die Bombenabwürfe auf das Emsland protestiert.

Als die Demonstranten auf das Nato-Gelände zogen, gaben englische Sicherungsposten Warnschüsse ab. Als das nichts half, wurde die deutsche Polizei zu Hilfe gerufen. Aber auch so war der Marsch der Demonstranten nicht zu stoppen. Als sie die Mitte des Flugplatzes erreicht hatten, wurde Bundeswehr eingesetzt. Starfighter flogen im Tiefflug über die Männer, Frauen und Kinder.

Die Nordhorner haben den Gewalteinsatz der Nato-Imperialisten erlebt. Ihr Widerstand ist dadurch nicht gebrochen worden. Jetzt haben die Eltern der Schulkinder von Klausheide erneut den Schulstreik gegen die Belästigungen durch den Nato-Flughafen beschlossen.

Der Kampf der Klauseheidener Schulkinder und Eltern zeigt, wie tief der Hass der Bevölkerung auf die ausländischen Truppen ist. Zu recht. Denn wir haben nicht vergessen, warum sie ins Land gekommen sind: Um die verhassten Herren von Kohle, Stahl und Chemie wieder hochzupäppeln, um mit ihnen zusammen den Kampf für ein freies, ein sozialistisches Deutschland niederzuringen. Und wir erleben jeden Tag aufs neue, dass wir sie erst dann abschütteln können, wenn wir uns gegen die westdeutschen Herren erheben, und der Arbeiter selbst Herr im Hause ist.



Verteidigt das Erbe KARL LIEBKNECHTS!

Am 23.3. zeigten die D'K'P in Dortmund einen Film über Karl Liebknecht. Es waren eine ganze Reihe von Genossen und Sympathisanten der KPD/ML hingekommen.

Im Einleitungsreferat wurde Karl Liebknecht als Vorbild der Revolutionäre gepriesen. Der Film schilderte auch ganz gut die Ereignisse von 1918/19. Vor allem auch den Verrat der Ebert, Scheidemann und Co.

Aber ob jemand heute Karl Liebknecht folgt oder nicht, zeigt sich daran, wie er jetzt den Kampf gegen Militarismus und Imperialismus führt. Und da erklärten die Revisionisten sofort, heute hätten sich die Zeiten geändert. Heute sei es linksradikalistisch zu rufen: Im Ernstfall dreht die Gewehre um. Krieg dem imperialistischen Krieg!



Da stand ein älterer Arbeitergenosse auf:

"Wenn das, was wir heute sagen linksradikal ist, so war Karl Liebknecht genau von unserer Sorte! War es vielleicht linksradikal, wenn Leibknecht 1916 sich als einziger dem Kriegsgeschrei im Reichstag entgegenstellte? War es vielleicht linksradikal, wenn er auf der Maikundgebung in Berlin 1916 mit dem Ruf auftrat: Nieder mit dem Krieg Nieder mit der Regierung!? War es vielleicht linksradikal, wenn er gegen das Gesäusel der Ebert und Scheidemann 1918 darauf bestand, dass die Arbeitermacht die Waffen nicht aus der Hand legen durfte?

Genau das behaupteten aber damals die Führer der SPD und sie taten es mit den gleichen Argumenten wie die D'K'P-Führer heute: dass man nicht mit Waffengewalt den Klassenfeind niederringt, sondern über Parlamentswahlen, dass Arbeiterklasse und Bourgeoisie nicht unversöhnlich gegenüberstehen, sondern eine grosse Familie bilden, aus der man keinen Gewerkschaftsbonzen und keinen Verräter ausschliessen darf."

So zeigte der Genosse klar: für die Führer der D'K'P ist Karl Liebknecht kein Vorbild Sie missbraucht seinen Namen, um ihr schmutziges Spiel der Klassenversöhnung zu betreiben. "Die Bachmanns und Mies, das sind die Eberts und Scheidemänner unserer Tage", schloss der Genosse.

Dieser Beitrag versetzte die D'K'P-Führer in Panik. Sie brachen die Diskussion eilig ab. Aber ihr wahres Gesicht war auch so deutlich genug geworden. Einige Jugendliche meinten hinterher zu uns: "Sie fürchten sich vor euren Argumenten, deswegen brechen sie die Diskussion ab. Aber es hat auch so jeder gesehen was läuft."

Die D'K'P hat auf dieser Veranstaltung eine klare Niederlage eingesteckt. Man kann halt nicht ungestraft den Genossen Liebknecht als Deckmäntelchen für seine eigene Verratspolitik benutzen, denn er selbst gibt uns mit seinen Losungen und seinem mutigen Kampf die Waffe für den revolutionären Kampf gegen Militarismus und Imperialismus in die Hand. Und sie richtet sich genauso gegen die modernen Revisionisten.

Frankfurter Mieter auf den Barrikaden

Am 20.3. protestierten Frankfurter Mieter bei einer Sitzung des Bauausschusses der Stadt gegen die skandalösen Wohnverhältnisse in Frankfurt. Die Stadthäupter schrien Zeter und Mordio: Oberbürgermeister Rudi Arndt erstattete Anzeige gegen 50 der Demonstranten.

Die Stadtväter können hier auch niemandem weismachen, dass es sich hierbei um einige 'isolierte Radikale' handelt:

Nach Angaben der Frankfurter Mieterräte sind im Moment über tausend Mieter im Streik, 13 Frankfurter Häuser sind besetzt.

Der Mieterkampf in Frankfurt dauert nun bereits einige Jahre an. **Das brutale Vorgehen von Polizei und Justiz (insgesamt laufen im Moment 140 Prozesse gegen Hausbesetzer) hat sich als Bumerang für die Bourgeoisie erwiesen.** Statt klein beizugeben und sich mit ihrem sozialen Elend abzufinden, sehen im Gegenteil immer mehr Mieter, dass nicht der parlamentarische Weg sie aus ihrem Elend herausführen kann, sondern allein revolutionä-Gewalt.

Was die Stadthäupter aufregt, sind nicht die feuchten Löcher, vor allem für die ausländischen Mieter, nicht die Wuchermieten und nicht die Räumung von ganzen Stadtvierteln – was sie und die bürgerliche Presse empört, sind drei beschädigte Bürgermeisterbilder.

Dazu einen der Mieter: **"Wir werden solche Aktionen noch öfter machen müssen... Und niemand soll uns Gewalt zum Vorwurf machen. Nicht wir sind es, die Gewalt säen. Es war die Polizei, die uns aus den besetzten Häusern prügelte, es sind die von der Stadt geduldeten Spekulanten, die ihre eigenen Häuser zerstören und deren Bewohner mit Gewalt auf die Strasse setzen." (Frankfurter Rundschau vom 21.3.73)**

Kontaktadresse: